

Rede zur Mittelstands-Kundgebung Muswiese 2022
13. Oktober 2022

MITTELSTAND, WIRTSCHAFT und GESELLSCHAFT in der ZEITENWENDE

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Dr. Kampe,
Sehr geehrter Herr Vorsitzender Kowalik,
Sehr geehrter Herr Präsident Dietz,
Sehr geehrte Damen und Herren Honorationen,
Liebe und geschätzte, und darin können sich alle finden,
Liebe und hochgeschätzte Muswiesengemeinde,

Vorneweg:

Jenseits aller Politik, jenseits aller Probleme die täglich auf uns einprasseln: In diesen Tagen gibt es nach zwei Jahren Depression im hohenlohischen Oktober 2022 eine gute Botschaft, die alles andere überstrahlt:

Wir haben die Muswiese wieder und die Muswiese hat uns wieder!!

Umso mehr verwundert mich, dass kein aktiver Politiker, welcher Farbe auch immer, der Einladung des *Bund der Selbstständigen* und der *Gemeinde Rot am See* folgte und ich heute als leibhaftiger Notnagel vor Ihnen stehe. Für mich ist diese Absagerei nicht nachvollziehbar, da gerade in Krisenzeiten Bürgerinnen und Bürger das Recht auf eine direkte Ansprache der Politik haben, auf eine Erklärung wie man der Krise begegnet. Wenn Politiker meinen, dass es genüge, im Netz und im Fernsehen zu kommunizieren oder nur zu Wahlkampfzeiten, wo sie dann wieder Schlange stehen und beleidigt sind, wenn sie außen vor bleiben, dann liegen Sie falsch.

Ich stehe heute jedenfalls gerne hier, um Ihnen meine Sicht der Dinge auf zu zeigen.

Zu verdanken haben sie das der überaus tatkräftigen Mitarbeiterin von BM Dr. Kampe, Frau Beate Meinikheim, die zuerst mit ihrem Charme mich überzeugte und dann ohne Zögern am Telefon mein Kommen festmachte, ohne noch mit irgendjemand Rücksprache zu nehmen. Ich kann nur sagen, wenn alle so entscheidungsfreudig wären und in der Verwaltung sich nicht endlos vor, neben und rückversichern

würden, dann würde manches in unserem Land besser laufen. Deshalb von mir, und ich denke auch im Namen des Publikums, ein herzliches Dankeschön an Sie Frau Meinikheim.

Genug der Vorrede und zu meinem Thema:

Mittelstand, Wirtschaft und Gesellschaft in der Zeitenwende

Am 24. Februar 2022 hat der **lupenreine Diktator Wladimir Putin**, nach langer und detaillierter Vorbereitung, das Nachbarland Ukraine überfallen und mit einem völkerrechtswidrigen brutalen Krieg überzogen. Er lässt seine Truppen morden, foltern, vergewaltigen und brandschatzen. Er hat mit Raketenbeschuss vornehmlich zivile Ziele im Visier ohne jeden militärischen Nutzen und legt ganze Stadtteile von Charkiw, Cherson und andere Städte in Schutt und Asche mit einer Schreckensbilanz von Tausenden Toten und Verletzten unter der Zivilbevölkerung mit Millionen von Flüchtlingen. Und er hat das größte Atomkraftwerk von Europa Saporischschja mit 6 Reaktorblöcken, alle mit hochradioaktiven Uranbrennstäben bestückt, als Faustpfand mit einem gewaltigen Drohpotential für Mensch und Umwelt in seiner Hand.

Was niemand mehr auf dem Schirm hatte nach fast 80 Jahren: Putin hat den Krieg zurück nach Europa und unmittelbar vor unsere Haustür gebracht.

In Reaktion darauf hat Kanzler Scholz die Zeitenwende ausgerufen, ein großes, ein sehr großes Wort. Das, was die Politik seit der Ausrufung auf den Weg gebracht hat, löst aber das große Wort Zeitenwende bei Weitem nicht ein.

Zeitenwende sind **nicht 100 MRD für die Bundeswehr**. Das war ein purer Nachholbedarf für eine kaputt gesepte Armee.

Zeitenwende sind auch **nicht die Waffenlieferungen** von uns an die Ukraine. Die sind schlicht notwendig, um einem aus dem Nichts angegriffenen Land zu helfen, sich selbst zu verteidigen und dem Völkerrecht Geltung zu verschaffen, so dass nicht - wie zu Zeiten der Barbarei - das Recht des Stärkeren sich durchsetzt, sondern das Recht, nämlich das Recht auf nationale Selbstbestimmung und nationale Souveränität.

Und auch das Management der herrschenden Energiekrise, die zum allergrößten Teil von einer 16 Jahre langen von SPD, CDU und FDP völlig verfehlten Energiepolitik verschuldet wurde, ist für sich **noch keine** Zeitenwende. Sondern eine schiere Notwendigkeit.

Um zu verstehen, wie tief diese Zeitenwende in unsere Gesellschaft und unser Staatswesen einschneidet, weshalb manch einer auch von einem Zeitenbruch spricht, bedarf es eines Rückblicks in die Zeit davor.

Mit dem Ende des Kalten Krieges durch den Zusammenbruch der Sowjet Union kam es zu dem historischen Glücksfall der Wiedervereinigung. Die historische Wahrheit ist, dass dies in erster Linie dem damaligen Präsidenten Mikael Gorbatschow zu verdanken ist und die Herren George W. Bush Senior und vor allem Francois Mitterand äußerst zögerlich zu Werke gingen. Und wir können von Glück sagen, dass der damalige KGB-Funktionär Wladimir Putin noch in Dresden residierte und im Kreml noch nicht das Sagen hatte. Mit ihm in politischer Verantwortung hätte es keine Wiedervereinigung gegeben, da er den Zusammenbruch der Sowjet Union und die damit zusammenhängende geopolitische Verschiebung der Kräfte als die größte Schmach Russlands ansah und ansieht. Darin liegt eine wichtige Triebfeder für seinen heute von ihm gegen das Brudervolk geführten Krieg. Er will diese Schmach tilgen. Er will das imperiale Russland wieder herstellen. Er will Europa spalten und er will die geopolitischen Koordinaten verschieben.

Während damals, am Ende des Kalten Krieges, Russland unter Jelzin im Chaos versank, stimmte der Westen in einen Hurra-Triumphalismus ein, wie bspw. George W. Bush, der ausrief: „Durch die Gnade Gottes haben wir den kalten Krieg gewonnen.“

Und wir als Bürger in den westlichen Demokratien genossen die sog. Friedensdividende in vollen Zügen. Man könnte auch sagen, wir lebten als Staaten und als Individuen massiv über unsere Verhältnisse.

Ausdruck davon ist u.a. die Klimakrise, die nicht mehr nur in

Bangladesch oder in Indien, sondern auch bei uns in Braunsbach und im Ahrtal, in Form von Extremwetterlagen angekommen ist. Der vergangene Dürre-Sommer ist frisch und mahnend präsent. Ich komme darauf zurück.

Mit der parallellaufenden expansiven ökonomischen Globalisierung erfreuten wir uns im Westen eines ständig wachsenden Wohlstandes. Wir in Deutschland schlugen alle Rekorde in den Exportraten, in den Außenhandelsbilanzen, in den Wachstumsraten, in den Beschäftigtenzahlen. Immer höher, immer weiter, immer schneller. Und die Bürger - wer könnte es ihnen verdenken - verhielten sich entsprechend und kosteten diesen Wohlstand aus. Zum Symbol dafür wurde die explodierende Luftfahrt, die in einem ungeahnten Ausmaß Otto-Normalverbraucher übers Wochenende per Billigflug nach Mallorca oder zu Kurztrips in die europäischen Hauptstädte transportierte und die obere Mittelschicht nach

New York zum Weihnachtseinkauf oder zu den entferntesten Zielen nach Übersee.

Nach dem alten, in den Wirtschaftswunderzeiten von den Neureichen geprägten Spruch "was kostet die Welt". Und niemand, außer den Umweltbewegungen, den Grünen und mit großer Macht eine einzelne kleine Schwedin, Greta Thunberg, und die von ihr ausgehende *friday for future* Jugendbewegung nahm zur Kenntnis, dass unser Wohlstand und unser Wachstumskurs auf tönernen Füßen stand und zerstörerische Dimensionen annahm.

Die Finanzkrise 2008 und die Eurokrise 2010 - man erinnert sich kaum mehr - hat diese Komfort- und Wohlfühlzone kurz durchgeschüttelt und verunsichert, aber die Karawane zog unbeirrt weiter.

Eine etwas tiefere Kerbe in die Wohlfühlzone schlug dann 2015 die Flüchtlingskrise. Aber auch diese ist letztendlich doch in normale Fahrwasser gekommen. Wir haben es, wie die Kanzlerin es vorausgesagt hatte, *wir haben es geschafft*, wenn auch mit politisch schriller Begleitmusik und politisch nachwirkenden Erschütterungen.

Diese boomende Zeit der Hochkonjunktur fand vor 2 ½ Jahren ein jähes Ende. Dann als der Covid Virus über uns, Europa, die USA und weltweit hereinbrach und auf eine Politik, die völlig unvorbereitet und blank war und auf eine Gesellschaft traf, der die Angst im Nacken saß. Statt all day life in der Komfort- und Wohlfühlzone, statt Arbeit, Beruf und Vergnügen, statt Maloche, Mallorca und Muswiese, härtester lockdown, ausgesperrt von Schulen, Universitäten, Arbeitsplätzen, Kultur und Mobilität und sonstigem öffentlichen Leben inclusive Ausgehverbot - eingesperrt in die häuslichen 4 Wände. Das Leben stand in einem nie gekannten Maße still. Wobei sich die übergroße Mehrheit der Gesellschaft bemerkenswert geschlossen diszipliniert und solidarisch verhalten hat. Im Unterschied zur Politik, die anfangs holperte und stolperte und später, nicht überraschend, in Form der AFD versuchte Krisengewinne zu erzielen.

Und kaum konnte man wieder Luft holen und langsam in die Normalität zurückfinden, kam dann der Schock, der undenkbar, der brutale Angriffskrieg Putins gegen die Ukraine, dessen offensichtlich verbale und militärische Vorbereitungen nahezu alle kollektiv bis zum 23 Februar 2022 verdrängt haben und als er real wurde, jede Vorstellung gesprengt hat. Oder um mit einem Buchtitel eines Wissenschaftlers zu sprechen, wir waren konfrontiert mit „*Dem Ende der Illusionen*“. Dieser Krieg ist u.a., wie wir alle wissen, Ausgangspunkt für die Krise, mit der wir aktuell konfrontiert sind und die und das hat sie mit der Pandemiekrise gemeinsam, jeden Einzelnen trifft:

Die Energiekrise. Mit dem Unterschied, dass sie um ein paar Nummern heftiger ausfällt und dass sie um einiges schwieriger zu handhaben ist.

Ein weiterer Unterschied ist, dass wir, neben dem Putinschen Krieg, einen Riesenanteil der Malaise einer durch und durch verfehlten Energiepolitik der SPD, der CDU, der FDP im trauten Verein mit der deutschen Wirtschaft in den letzten 16 Jahren und damit uns selbst zuzuschreiben haben.

Wir haben uns mit dem Aufwuchs der Abhängigkeit von Putin-Gas ohne Not erpressbar gemacht.

Wir haben gegen die Grundregel in der Ökonomie, wonach man sich nicht von einem Lieferanten abhängig macht, verstoßen, schon gar nicht bei einem hochpolitischen Gut, wie es die Energie ist.

Wir haben schon bei der Entscheidung zur Pipeline Northstream I die dringlichen Ratschläge unserer Nachbarn Polen, Ukraine und dem Baltikum in den Wind geschlagen.

Wir haben die eigentlich unüberhörbaren Warnsignale, den Putinschen Angriffskrieg gegen Tschetschenien 1999, den Putinschen Überfall 2008 auf Georgien, ignoriert.

Wir haben den Putinschen Überfall auf den Donbass und die völkerrechtswidrige Annexion der Krim im Jahre 2014 zwar zur Kenntnis genommen, aber die eindeutige militärische Aggression gegen die Ukraine als lokalen Konflikt heruntergespielt und verharmlost.

Nicht genug damit:

Wir haben dem, der überall dort, wo er aufmarschiert ist, Schneisen der Verwüstung wie beispielsweise auch in Aleppo, Syrien hinterlassen hat, als Morgengabe noch Northstream II in den Schoß gelegt.

Frau Merkel und deren Regierungen haben uns mit dem Argument Northstream II sei ein ökonomisches und kein politisches Projekt, an der Nase herumgeführt und für dumm verkauft. **Wie politisch** dieses Projekt ist, erleben wir heute schmerzlich Tag für Tag

Gegen die eindeutige Ablehnung unserer Freunde und Verbündeten der EU und der USA. Gegen die eindringlichen Mahnungen unserer Freunde in den Ostländern.

Ein rumänischer Professor bringt das so auf den Nenner:

Wir in Osteuropa haben immer gewarnt vor Russland und vor Putin und wurden vom Westen behandelt wie nervige ungezogene Kinder. Unsere Verwundbarkeit wurde nie ernst genommen. Dazu passt die zu Recht aus der Mode gekommene Kindererziehungsregel: *Wer nicht hören will, der muss fühlen.*

Wir haben an Gazprom die größte deutsche Raffinerie in Schwedt verkauft und unsere größten Gasspeicher dazu.

Und **wir haben** es zugelassen, dass Putin, in Vorbereitung des Krieges, diesen Gasspeicher bis zum Stand Null hat leerlaufen lassen. Das alles hätte im nationalen Interesse, im Interesse der Versorgungssicherheit nie, nie passieren dürfen. Und diejenigen, die das verantwortet haben, kommen ungeschoren davon. In der privaten Wirtschaft würden solch gravierende Führungsfehler mit Haftungsansprüchen belegt. Und wenn Habeck anfangs des Krieges nicht in einer Nacht- und Nebelaktion Gazprom Germaniae unter Zwangsverwaltung gestellt hätte, dann wäre das Ganze in dubiose russische Hände transferiert worden.

Wir haben unser gesamtes Wirtschaftsmodell auf billiges russisches Gas aufgebaut. Und unser heutiger Koalitionspartner SPD, in Person von Kanzler Scholz, in Person von Sigmar Gabriel in seiner vormaligen Funktion als Wirtschaftsminister und Frank-Walter Steinmeier - früher Außenminister heute Bundespräsident - alle wollten bis zum Schluss, bis kurz vor dem 24. Februar 22 daran festhalten, wie abhängige Heroin-Junkies - in diesem Fall Gasjunkies - die nicht von der Nadel, sprich von der Gaspipeline lassen wollten.

Den Vogel abgeschossen hat die Ministerpräsidentin Schwesig aus Mecklenburg-Vorpommern, die die Öffentlichkeit wie ein Rosstäuscher hinters Licht geführt hat. Die sich eine Stiftung mit dem unverdächtigen Namen *Umwelt und Kultur* in Höhe von 20 Mio. von Gazprom finanzieren hat lassen, die unter falschem Etikett einzig und allein den Zweck hatte, Northstream II fertig zu stellen. Genauer gesagt, sie hat sich von Gazprom kaufen lassen und dass sie überhaupt noch im Amt ist, ist ein Skandal.

Warum erzähle ich das so ausführlich?

Weil in der aktuellen medialen Diskussion, befeuert durch den Oppositionsführer Merz und durch die Marktschreier der Wirtschaftslobby, versucht wird, die Verantwortung für die dramatische Energiesituation Wirtschaftsminister Habeck in die Schuhe zu schieben. Es wäre diesen konservativen Akteuren anzuraten, etwas demütiger und selbstkritischer vor ihrer eigenen Haustüre zu kehren als großmäulig eine völlig

überzogene Fundamentalopposition zu praktizieren. Vielleicht gibt ja der Ausgang der Niedersachsenwahl einen Fingerzeig darauf, dass es in solch massiven Krisenzeiten im Interesse des Landes mehr Sinn macht, die Oppositionskeule stecken zu lassen und konstruktiv an Lösungen von Problemen, die man selbst geschaffen hat, mitzuarbeiten. So haben es jedenfalls wir Grüne in der Pandemie als Opposition gegenüber der damaligen Regierung gehandhabt.

Wenn dabei aber der Versuch gemacht wird, die Zeitenwende zu missbrauchen, um eine Rolle rückwärts zu veranstalten und die alte Energiewelt, basierend auf Atom, Kohle und Gas nicht nur in so kurz wie möglich gehaltenen Übergängen, sondern **dauerhaft** wieder her zu stellen, dann wird dieser krachend scheitern.

Stichwort Atom.

Das Gedächtnis ist kurz und reicht oft nicht von 12 bis Mittag.

Die CDU, zusammen mit der FDP, hat, nachdem sie zuvor die von Rot-Grün begrenzten Laufzeiten verlängert hatten, diese wieder verkürzt und zwar noch kürzer als Rot-Grün den Ausstiegszeitpunkt ursprünglich einvernehmlich mit der Atomindustrie festgelegt hatte. Und ausgerechnet die, die in dieser Frage nie einen verlässlichen Kompass hatten, die immer ihre Fähnchen nach dem Wind gehalten haben, wollen jetzt ein drittes Mal wieder rein in die Pantoffeln mit neuen Brennstäben, mit langen Laufzeiten und manche Scharfmacher aus der CSU sogar mit dem Bau neuer Atomkraftwerke. Das hat mit den Realitäten nichts zu tun, das ist einzig allein darauf gerichtet, die Grünen zu attackieren. Herr Merz, Herr Lindner wollen zurück in die Atomsteinzeit. Auch hier empfehle ich den Atomideologen, das Wahlergebnis genau zu studieren. Die Zahlen für FDP und CDU, die im Wahlkampf für die lange Laufzeiten trommelten, sprechen für sich und gegen ihre Protagonisten.

Robert Habeck hat kein Problem, den sog. Streckbetrieb, also die noch in den Reaktoren befindlichen Brennstäbe in einem verlängerten Betrieb - im April nächsten Jahres wäre dann die endgültige deadline - vollends auf zu brauchen. So war das auch zwischen den drei Akteuren Scholz, Lindner und Habeck verabredet und schriftlich festgehalten.

Ob es klug ist, wenn Herr Lindner nach einer verlorenen Wahl die Muskeln spielen lässt und diese Verabredung aufkündigt, das muss er entscheiden.

Womit wir, und das wird Sie jetzt überraschen, beim Mittelstand wären.

Warum?

Weil die Energiewende, die in der Zeitenwende die Perspektive nach vorne in die Zukunft öffnet, dringend ganz oben auf die Tagesordnung gesetzt werden muss.

Weil diese Energiewende schon bisher, aber in noch viel stärkerem Maße in der Zukunft, vom Mittelstand umgesetzt wird.

Weil die Energiewende für Handwerk und Mittelstand schon bis heute das größte Konjunkturprogramm und eine Erfolgsstory ist, die auf Grund der neuen geopolitischen Situation in den nächsten Jahren und Jahrzehnten einen Riesenschub bekommen wird.

Und weil eine forcierte, eine beschleunigte Energiewende, in der alle finanziellen Mittel auf die erneuerbaren Energien konzentriert werden müssen, der einzig richtige Weg ist, um aus der jetzigen Energiemisere heraus zu kommen.

Man stelle sich mal vor, Politik und Wirtschaft hätten die 5 Milliarden, die die deutschen Firmen für die Northstream II-Röhren in die Ostsee gebuddelt haben, in die erneuerbaren Energien gesteckt, dann stünden wir heute anders da.

Stattdessen hat Wirtschaftsminister Gabriel parallel zum Bau von Northstream II den Ausbau der Windenergie abgebremst, indem er die Förderkulisse so umgebaut hat, dass der Süden nahezu total abgehängt wurde, worunter wir bis heute leiden.

Ein Schelm wer Böses dabei denkt.

Um den Klimawandel einigermaßen in den Griff zu bekommen, muss nach neuesten wissenschaftlichen Berechnungen weltweit in den nächsten Jahren der Anteil der erneuerbaren Energien verdoppelt werden.

Sonne, Wind und Wasserstoff sind die Energieträger, die uns von den fossilen Energien, die ja meist in den Händen von Diktatoren und Autokraten liegen, unabhängig machen.

Und die, weil sie dezentral strukturiert sind, eben nicht in der Großindustrie angesiedelt sind, sondern im Mittelstand und im Handwerk. Für die Transformation von der alten in die neue, in die erneuerbare Energiewelt, ist der Mittelstand und niemand anders der zentrale Player.

Und der baden-württembergische Mittelstand ist in diesem Sektor, was innovative Technologien angeht, deutschlandweit, europaweit und weltweit weit voraus. Ob das energiesparende oder effizienzsteigernde

oder Speichertechnologien sind, ob dies Handwerksbetriebe sind, die Photovoltaikanlagen, Warmwassererzeugung auf Solarbasis, die Installation von Wärmepumpen, Nahwärmeleitungen in Wohnquartieren, Pelletheizungen, Kraft-Wärmekopplungsanlagen oder was es alles in diesem Bereich gibt, immer ist der Mittelstand gefragt. Und es ist bekannt, dass dieser Sektor boomt, dass die Auftragsbücher picke-packe voll sind und die Unternehmen die Aufträge nur schleppend abarbeiten können, weil - und das ist jetzt die schlechte Nachricht - wir einen dramatischen Mangel an Fachkräften zu beklagen haben. Damit waren wir schon vor der Pandemie konfrontiert und die Situation hat sich leider massiv verschlimmert. Und nicht nur in diesem Sektor, sondern in allen Dienstleistungsbereichen wie bspw. in der Gastronomie, fehlt es hinten und vorne an Hilfs- und an Fachpersonal. Und meine Damen und Herren, es tut mir leid, aber auch dieses Problem, das die gesamte Wirtschaft durchzieht, ist den Vorgängerregierungen zwar bekannt gewesen - die Wirtschaft steht diesbezüglich schon seit Jahren auf der Matte der Politik -, aber aus ideologischen Gründen hat die CDU lieber auf Abschiebung von beruflich und gesellschaftlich integrierte Flüchtlinge und Asylbewerber gesetzt als Voraussetzungen dafür zu schaffen, solchen Leuten einen gesicherten Aufenthaltsstatus zu gewähren. Von einer organisierten, nach den Bedarfen der Wirtschaft orientierten organisierten Zuwanderung ganz zu schweigen.

Sie hat damit sehenden Auges diese Mangelsituation zu verantworten. Die Partei, die immer gerne ihre Wirtschaftskompetenz zelebriert, hat die Wirtschaft an diesem Punkt gnadenlos im Stich gelassen.

Auch wenn die aktuelle Energieknappheit eine Herausforderung für die kleinen und mittleren Betriebe sein wird, glaube ich, dass mit der Gaspreisbremse, wie sie jetzt vorgeschlagen ist und konkretisiert wird, die größten Härten abgefedert werden können. Ein weiterer Faktor wird dem Mittelstand zu Gute kommen: die geopolitische Entwicklung wird die völlig überhitzte Globalisierung dämpfen und die wirtschaftlichen Aktivitäten werden sich wieder stärker auf Europa, auf Deutschland und auf die Regionen konzentrieren und da kann der Mittelstand seine Stärken, seine Flexibilität, seine Fähigkeiten zur Innovation und seine enge Belegschaftsbindung und daraus folgend seine Verlässlichkeit ausspielen.

Größere Sorgen muss man sich um die großen Player machen. Und zwar deshalb, weil diese sich unbeeindruckt von den Erfahrungen, die wir gerade mit Russland machen, ungebremst und mit Bekennermanier in neue ökonomische und politische Abhängigkeiten begeben, die ein hohes Erpressungspotential in sich bergen.

Oder finden Sie es etwa beruhigend, dass unsere schwäbische Edelschmiede Daimler zu 20% in chinesischer Hand ist? Finden Sie es wirtschaftlich nachhaltig, wenn VW mehr als die Hälfte seiner produzierten Autos in China verkauft und die gesamten Premium-Marken BMW, Daimler und VW 40-50% ihrer Gesamtumsätze in China erwirtschaften. Es gibt schon Stimmen in den Wirtschaftsmedien, die sagen, dass man auch vor dem Hintergrund, dass immer mehr in China produziert wird, man gar nicht mehr von einer deutschen Automobilindustrie sprechen kann, sondern mindestens von einer chinesischen. Noch viel dramatischer wird es, wenn es um die E- Mobilität geht. In diesem Sektor sind die Chinesen zu über 90% dominant. Die Rohstoffe, die benötigt werden, die Batteriefertigung, die die höchste Wertschöpfung bietet, alles in chinesischer Hand. Daimler baut gerade zusammen mit dem chinesischen Konzern CATL in Ungarn eine Batterie-Giga-Fabrik, BMW bezieht den Großteil seiner Batterien auch von CATL.

Aber nicht nur im Automobilsektor, auch in der Chemie werden gigantische Abhängigkeiten aufgebaut. Die BASF investiert derzeit 10 MRD Dollar in China, in den Aufbau seines weltweit zweitgrößten Werkes nach Ludwigshafen. Der Mittelstand, der in China engagiert ist, agiert um einiges cleverer, viele Mittelständler fahren ihr Engagement zurück.

Wenn man dann noch weiß, dass in jedem Entscheidungsgremium der deutschen Betriebe, die in China angesiedelt sind, Funktionäre der chinesischen Kommunistischen Partei sitzen, die Vorgaben machen können und mitentscheiden können, dann ist es mit dem Lied des freien Unternehmertums, das hier so gerne gesungen wird oder insgesamt mit der Freiheit nicht weit her. Denken Sie an das Säbelrasseln der chinesischen Führung gegenüber Taiwan, denken Sie an die brutale Überwachungs- und Unterdrückungsmaschinerie, die gegen die ethnische Minderheit der Uiguren in der Provinz Xinjiang eingesetzt wird. Denken Sie daran, wie das freiheitliche Hongkong binnen kurzem in ein diktatorisches Zwangssystem überführt worden ist.

Solange die Umsätze stimmen und sie sprudeln auf Grund einer völlig irrational diktatorischen Pandemiopolitik der chinesischen Führung schon nicht mehr so wie früher, werden unsere Großunternehmen dieses gefährliche Spiel weiter spielen, mit einem Unterschied zu dem, was wir mit den russischen Großmachtphantasien gerade erleben. Wenn das deutsch-chinesische Wirtschaftskartenhaus zusammenbricht, dann werden wir einen crash erleben, gegen den die russische Erfahrung ein laues Lüftchen ist. Den werden wir dann nicht mehr beherrschen. Dann geht es um Dimensionen, in denen der Staat nicht mehr ansatzweise helfen kann.

Verlassen wir das Thema China und kehren wir zurück zu uns. Und zwar zu einem Beispiel, das zeigt, dass nicht nur die Politik und nicht nur die Wirtschaft, sondern in vielen Fällen auch die einzelnen Bürger dringend notwendige Entwicklungen verhindern. Die Zahl der Bürgerinitiativen gegen die Aufstellung von Windrädern sind Legende. Darunter sind viele, die zum ersten Mal erfahren, dass es einen Roten Milan gibt aber so tun, als ob sie schon seit ihrer Kindheit den Roten Milan verehren.

Mein Beispiel spielt in Baden-Württemberg - genauer in Weilheim unter Teck. Dort will ein joint venture namens cellcentric zwischen Daimler Truck und Volvo, also zwei Weltfirmen, eine Fabrik zur Produktion von Antrieben für LKWs auf Brennstoffzellenbasis errichten. Vorgesehen ist ein Gewerbegebiet, das auch Flächen für örtliche Firmen bereitstellt. Für die Fabrik selbst mit 1000 qualifizierten und zukunftsfähigen Arbeitsplätzen werden 30 ha benötigt. In einem Bürgerentscheid haben die Weilheimer Bürger mit 70% für dieses Projekt gestimmt. Zum Grunderwerb war die Einigung über den Verkauf ihrer Stückles mit 244 Grundstückseigentümer notwendig. Ganze 8 Eigentümer weigern sich zu verkaufen. Darunter - wie zu lesen ist - mehrere örtliche Unternehmer.

Ich frage mich, was geht in deren Kopf vor. Wir wissen alle, dass die Fahrzeugindustrie in Baden-Württemberg dringend auf Erneuerung und zukunftsfähige Innovationen angewiesen ist.

Lange genug hat die hiesige Fahrzeugindustrie, bildlich gesprochen, in den Auspuff von Elon Musk und Tesla geschaut. Dazu passt eine druckfrische Nachricht von heute:

Das meistverkaufte Auto im vergangenen Monat September 22 war kein VW, kein Mercedes, sondern ein Tesla. Mit fast 10.000 verkauften Exemplaren belegt das Model Y die Spitzenposition unter allen Neuzulassungen. Für VW bleibt nur der Platz 2

Zurück zu Weilheim:

Und dann stellen 8 Grundstückseigentümer ihren Eigennutz über das Gemeinwohl. Wahrscheinlich in dem Gedanken, das „Stückle“ für Kinder und Enkel zu reservieren. Sie blenden dabei völlig aus, wo die dann in Zukunft mal arbeiten sollen, wenn Sie überhaupt am Ort bleiben und nicht in die Welt hinausgehen.

Die Verbrenner-Motoren und deren Zulieferer, die heute noch das Brot und Buttergeschäft im Mittleren Neckar sind, werden in Zukunft massiv Arbeitsplätze abbauen, geschweige denn zukünftige liefern.

Das Unternehmen hat schon angekündigt, wenn die Grundstücke bis Ende Oktober 22 nicht zusammen sind, tritt ein Plan B mit einem anderen Standort in Kraft und ob der dann noch in Baden Württemberg ist, steht in den Sternen.

Verstehen sie mich nicht falsch. Ich rede nicht Zwangsmaßnahmen wie Enteignung das Wort, das verbietet sich selbstverständlich. Aber in Zeiten solcher Umbrüche, vor denen wir heute stehen, sollte man auch als Bürger das Ganze, den common sense, im Auge haben und nicht nur das momentane Eigeninteresse. Denn dem Schutz des Eigentums im GG steht auch die grundrechtliche Maßgabe „Eigentum verpflichtet“ zur Seite.

In diesem Zusammenhang wären noch viele ähnliche Sachverhalte zu benennen und natürlich die überbordende Bürokratie. Nicht nur große Vorhaben wie der Bau einer Fabrik, sondern auch kleinere Vorhaben im Baubereich in der Frage von Konzessionen für Gewerbe im Bau von Windrädern und Solaranlagen stehen vor einem teils unüberwindbaren Hürdenlauf und wenn nicht jetzt, wann dann muss der Gesetzgeber Regelwerke ausdünnen. Ansonsten würgen wir uns auf Dauer selbst ab.